

Deutschen Demokratischen Republik und des rumänischen Volkes, der Sache des Sozialismus und des Friedens, der internationalen Entspannung und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt entspricht.

II

Die höchsten Repräsentanten beider Parteien und Staaten stellten fest, daß im internationalen Leben einerseits die Entschlossenheit der Völker, aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte immer stärker wird, der Aggressions- und Unterdrückungspolitik des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus ein Ende zu setzen und sich der Kampf um Frieden und Entspannung, für die Einstellung des Wettrüstens, für Freiheit und sozialen Fortschritt sowie für eine friedliche, gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten immer breiter entfaltet. Andererseits erhöhte sich die Aktivität der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion, deren verstärkte Versuche, unabhängige Staaten und Völker ihrer Herrschaft zu unterwerfen, das Wettrüsten anzuzünden und sich grob in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Das gefährdet den Entspannungsprozeß und widerspricht dem Streben der Völker nach Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt.

Beide Seiten brachten ihre tiefe Besorgnis angesichts der in letzter Zeit eingetretenen Verschärfung der internationalen Lage, des erheblichen Anwachsens der Gefahr für den Frieden und die Entspannung zum Ausdruck! Das ist die Folge der weiteren Aktivierung der imperialistischen Politik der Stärke, der Konfrontation und des Hegemonismus, der Anhäufung ungelöster internationaler Probleme. Die imperialistischen Kreise, die diese Politik betreiben, verletzen offen die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten, mischen sich in die inneren Angelegenheiten ein, wenden in den internationalen Beziehungen immer häufiger Gewalt an oder drohen mit ihrer Anwendung.

Gleichzeitig damit werden auf dem Wege der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gleichberechtigter und gerechter Grundlage immer neue Hindernisse errichtet. Im Kampf um Energie- und Rohstoffressourcen wird immer häufiger gegen die Entwicklungsländer Gewalt angewandt oder angedroht. Instabilität in den zwischenstaatlichen Beziehungen und das Entstehen neuer Spannungsherde sind die Folgen dieser Politik.

Die imperialistischen und reaktionären Kräfte nutzen all das zur Erhöhung der Militärbudgets und zur Forcierung der langfristigen Rüstungsprogramme aus. Dadurch entstehen neue Hindernisse für die Festigung der Sicherheit in Europa, wo es nach wie vor keine Fortschritte in der militärischen Entspannung und der Abrüstung gibt, wo die Rüstungsausgaben, die Truppen und Rüstungen